

Dewezet 29.6.2011
Hameln

„Personalräte, mischt Euch in die Politik ein“

Stephan Weil bei der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen des Bezirkes Hannover

Hameln (gro). Auf Einladung der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen des Bezirkes Hannover nahmen 60 Interessierte an der Veranstaltung „Kommunalpolitik aus Sicht der Arbeitnehmer“ im Lulu in Hameln teil. Als besonderer Gast war der Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Stephan Weil, geladen.

Kommunalpolitik für Arbeitnehmer zu machen, heiße in erster Linie Arbeitsplätze zu schaffen, die fair bezahlt würden, und die eine Perspektive für die Zukunft böten, so Weil. Da sei es die Aufgabe für die Politik, für eine gute Infrastruktur und Erreichbarkeit des Gebietes, sowie auch gute und moderne Vernetzung zu sorgen. Die Menschen hätten auch ein Heimatgefühl und wollten in ihrer Region bleiben. Keiner wolle zu einer Verfügungsmasse Arbeitskraft gehören und hin und her geschoben werden.

Das sahen auch die Diskussteilnehmer so, wie auch die Forderung von Weil, dass die Mi- und Integration

der Menschen wichtig für die Kommunalpolitik sei, denn „wir werden immer bunter“. Sie sei eine große Herausforderung, ebenso die Bildung und Ausbildung der jungen Menschen. Die Alten dürften aber darüber hinaus nicht vergessen werden.

Zur Idee der Streichung von Gewerbesteuern sagte Weil: „Wenn man uns die nimmt, dann können wir einpacken.“ Gerade diese Steuer

sei für die Politiker in den Kommunen Anreiz, sich um die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu kümmern, denn durch sie erhielten die Kommunen ja schließlich auch ihr Geld.

Eindeutig Weils Bekenntnis – und das unter Applaus: „Wir brauchen keinen Wohlfahrtsstaat, aber auch keinen Nachtwächterstaat. Wir brauchen ein aktives und funktionierendes Gemeinwesen.“

Das Ergebnis für alle in der Diskussionsrunde: Politiker sollten in die Betriebe gehen für eine gute Kommunalpolitik; aber auch Personalräte, sollten sich in die Politik einmischen. Gute Kommunalpolitik heiße auch, dass die nicht an der Gemeinde-, Stadt- oder Landkreisgrenze aufhöre. Sie müsse übergreifend geführt werden, denn: „Nur gemeinsam sind wir stark,“ so Stephan Weil zum Abschluss.



Stephan Weil:
„Wir brauchen keinen Wohlfahrtsstaat, aber auch keinen Nachtwächterstaat.“